

Liebe Freundinnen und Freunde!

Das Thema soziale Gerechtigkeit steht endlich wieder auf der politischen Tagesordnung! Wie problematisch soziale Ungleichheit sein kann, könnt Ihr in dem hier dokumentierten Referat von Gabi Andretta lesen. Demokratie ist die Verheißung von Gleichheit. Und an dieser Verheißung müssen sich demokratische Gesellschaften messen lassen.

Richtig ist es, die Agenda 2010 neu zu justieren. 2017 ist eben nicht 2003. Damals galt Deutschland wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche als Belastung für Europa. 2003 gab es 4,4 Millionen Erwerbslose. Heute sind es bedeutend weniger. In einigen Branchen ist der Fachkräftemangel spürbar.

Es ist an der Zeit, die Agenda 2010 anzupassen und Ungerechtigkeiten zu korrigieren. Es ist ungerecht, wenn Menschen, die lange Jahre gearbeitet haben, nach kurzer Zeit nur noch Arbeitslosengeld II bekommen.

Wichtig ist aber, dass Arbeitgeber neue Regelungen nicht so nutzen können, wie sie es früher gerne gemacht haben: Ältere Menschen auf Kosten der Allgemeinheit in die Frühverrentung zu schicken.

Und ich glaube, in noch einer Sache sind wir heute klüger. Mag die Konjunktur noch so gut sein, die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt nicht ab. Hier brauchen wir neue und andere Instrumente. Lasst uns auch darüber diskutieren!

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ulrike Witt

Inhalt

Seite 1

Unsere AWO-OV
Jahreshauptver-
sammlung

Gabi Andretta, Sozi-
ale Ungleichheit

Ankündigung: Islam-
feindlichkeit von AfD,
Pegida & Co. Le-
sung mit Christian
Röther

Conny Hiller, Aus
meiner Arbeit mit
Geflüchteten. Der
Mann und das Kind



FÜR MENSCHEN NACH DER FLUCHT
Miteinander in Würde leben.

Unsere Jahreshauptversammlung Mehr Mitglieder seit 2014

Am 17.02.2017 fand die Jahreshauptversammlung unseres Ortsvereins statt. Unser Mitglied **Gabi Andretta** hielt ein Referat zu einem aktuellen Thema: „Soziale Ungleichheit — eine Gefahr für unsere Demokratie?“ Es schloss sich eine lebendige Diskussion an. Wir dokumentieren den Vortrag auf den nächsten Seiten. Zunächst aber hieß es, Bilanz zu ziehen. Zwei Wahlen standen auch auf der Tagesordnung.

Fast 200 Interessierte haben 2016 den Weg in die Veranstaltungsreihe des Ortsvereins gefunden, berichtete Ulrike Witt. Thema war: **Ins Gespräch kommen: Integration**. Aus unterschiedlichen Perspektiven haben wir das Thema Integration beleuchtet. In vier Mitgliederbriefen wurde von den einzelnen Veranstaltungen berichtet. Im Juni 2016 lud der Vorstand zum Bürgerfrühstück in Göttingen ein.

Ein weiterer Höhepunkt des Jahres war **eine Fahrt ins politische Berlin**. Eingeladen hatte der Bundestagsabgeordnete Thomas Oppermann. Mitglieder des Ortsvereins und vier Flüchtlinge aus Göttingen konnten drei spannende Tage in Berlin erleben. Der Besuch des Bundestages war eine wichtige Station dieser Bildungsreise.

Unser Ortsverein hat **104 Mitglieder**. Allein in 2016 sind acht Personen eingetreten. Dieser positive Trend ist seit 2014 zu beobachten. Wir heißen die Neuen herzlich willkommen!

Für 2017 stehen wieder interessante Veranstaltungen auf der Agenda. Für Ende April haben wir den Workshop „Let's Play Germany!“ nach Göttingen geholt. Geflüchtete und andere Jugendliche entwickeln gemeinsam Computerspiele für die politische Bildung. Veranstaltet wird der Workshop von der **Landesarbeitsgemeinschaft Jugend und Film**. Gern engagiert sich Gabi Andretta als Schirmherrin, denn Jugendliche mit neuen Medien für die Demokratie zu interessieren, ist ihr ein wichtiges Anliegen.

Im Mai 2017 wird **Christian Röther** aus seinem neuen Buch über Islamfeindlichkeit lesen. Vor der Bundestagswahl wollen wir Euch herzlich zu einer Wahlplattform einladen. Zudem hat **Gabi Andretta** eine Einladung in den Niedersächsischen Landtag ausgesprochen. Die nehmen wir gerne an.

Die Planungen wurden von der Mitgliederversammlung begrüßt. Nach dem Kassenbericht 2016 und dem Bericht der Revisoren wurde der Vorstand entlastet. Herzlich gratulieren möchten wir **Renate Krenz**. Sie wurde einstimmig zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. **Jutta Teepe** kann aus beruflichen Gründen das Amt nicht mehr wahrnehmen. Ihr einen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit. Als Revisor wurde **Gerd Aschoff** gewählt.





Foto: Conny Hiller

Gabriele Andretta

Soziale Ungleichheit – eine Gefahr für unsere Demokratie?

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit Sorge beobachten wir überall in Europa den Aufstieg der Rechtspopulisten, Marine Le Pen in Frankreich, Viktor Orbán in Ungarn, Geert Wilders in den Niederlanden oder die AFD bei uns. Fassungslos blicken wir nach Amerika, wo mit Trump das Chaos regiert und eine postfaktische Politik Einzug hält.

Überall in der Welt verunsichert islamistischer Terror die Menschen und wir erleben, wie Flüchtlinge bedroht und zu Sündenböcken gemacht werden.

In immer mehr Länder- und Kommunalparlamente ziehen rechtsextreme Parteien ein. Was wir immer als Selbstverständlichkeit angesehen haben, unsere demokratische Wertegemeinschaft, scheint plötzlich in Frage gestellt.

Zunehmende soziale Ungleichheit

Die Demokratie droht ins Wanken zu geraten. Sozialforscher machen dafür die zunehmende soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft verantwortlich.

Bezogen auf die Verteilung des Vermögens und der Einkommen ist Deutschland heute eines der ungleichsten Länder in der industrialisierten Welt.

Wie kommt es zu dieser wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich?

Einen Schlüssel zur Erklärung finden wir in dem fast tausend Seiten dicken Buch des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty, „Das Kapital im 21. Jahrhundert.“

Pikettys zentrale These: die Vermögensverteilung überwölbt alles andere und führt zu einer Form von Ungerechtigkeit, die am Ende die Demokratie gefährdet. Und zwar weil das Primat der Politik nicht mehr gilt.

Piketty zeichnet das Bild einer Gesellschaft, in der Herkunft und nicht Leistung

über die soziale Stellung entscheiden und einige wenige immer größere Reichtümer anhäufen. Menschen mit niedrigem Einkommen und einem geringen Vermögen schaffen es ungewöhnlich selten, sich finanziell zu verbessern und sozial aufzusteigen.

Menschen, bis tief in die Mittelschicht, erleben, dass das Versprechen, dass es vielleicht nicht sie, aber doch ihre Kinder es einmal besser haben werden, nicht mehr gilt. Viele fühlen sich abgehängt, sehen sich nicht mehr als Teil der Wohlstandsgesellschaft.

Subjektive Faktoren

Wie kam es dazu, dass es in der Nachkriegszeit einen Trend zu mehr Gleichheit gegeben hat, und dieser Trend später dann wieder gebrochen wurde?

Es waren keine objektiven, sondern allein subjektive Faktoren: veränderte politische Kräfteverhältnisse, eine klassenbewusste Arbeiterbewegung, der es bereits zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gelungen war, die Lage der Arbeiter spürbar zu verbessern.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Kapital-Seite zu einem Klassenkompromiss gezwungen, man redete plötzlich von Sozialpartnerschaft und Sozialstaatskompromiss. Die repräsentative Demokratie mit ihren zwei großen Versprechen – dem Versprechen der gleichen Teilhabe am politischen Prozess und dem Versprechen einer Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse - sie sorgte dafür, dass dieser Kompromiss gesichert werden konnte, bei uns vor allem durch die SPD. Denkt an den Ausbau der Mitbestimmung, der sozialen Sicherung oder die Öffnung der Hochschulen für Arbeiterkinder.

Neoliberalismus

Doch bereits Mitte der 70er wurde der Klassenkompromiss aufgekündigt. Der Neoliberalismus setzte zum Siegeszug

an. Zuerst in Großbritannien unter Thatcher – unvergessen die verzweifelten Streiks der Bergarbeiter, die scheiterten und zur Zerschlagung der einst so stolzen Gewerkschaften in Großbritannien führten.

In den USA wurde der Kurswechsel von Reagan durchgesetzt, bei uns unter der Formel „geistig-moralischer Wende“ von Kohl. Tony Blair in England mit seinem dritten Weg und Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 folgten, so dass sich am Ende überall eine neoliberale Wirtschaftspolitik durchsetzte.

Gewerkschaften wurden geschwächt, und mit Hilfe massiver Steuersenkungen für Kapitaleinkommen und Besserverdienende wurde eine Umverteilung von unten nach oben durchgesetzt.

Einer der größten Verlierer dieser Entwicklung ist übrigens die Mittelschicht. Also die Menschen in der Mitte der Gesellschaft, deren Jobs in Gefahr sind, deren Löhne schrumpfen und die nur geringe Möglichkeiten haben, Vermögen aufzubauen.

Was sind die Folgen der wachsenden sozialen Ungleichheit?

Nun, das wird vielleicht einige überraschen: Hohe Ungleichheit schadet der Wirtschaft. Sie wirkt als Wachstumsbremse, denn wenn immer mehr Menschen abgehängt werden, können sie kaum in ihre Zukunft investieren. Die OECD schätzt, dass als Folge des Anstiegs der Ungleichheit seit den 1990er Jahren die Wirtschaftsleistung heute um 6 Prozent geringer ist.

Weniger Teilhabe

Aber auch für die Demokratie wird Ungleichheit zum Problem und zwar dann, wenn sie Chancen sowie soziale und politische Teilhabe einschränkt und damit Legitimation schwindet.

Hier nur wenige Zahlen: Betrug die Wahlbeteiligung im 1972 über 91 Prozent, so waren es bei der letzten Bundestagswahl nur noch 71,5 Prozent.

Auch bei den Gewerkschaften sieht es ähnlich aus: Lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad 1960 noch bei 34 Prozent, so liegt er heute deutlich unter 20 Prozent.

Engagement

Doch es gibt auch positive Trends: mehr Menschen sind Mitglied in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty international. Mehr Menschen beteiligen sich in lokalen Bürgerinitiativen, runden Tischen oder nehmen an Demonstrationen teil.

Doch wer macht Gebrauch davon? Die Befunde sprechen eine eindeutige Sprache: Politische Beteiligung ist ungleich verteilt!

Sie hängt in hohem Maße von Bildung und Einkommen ab: Dass eine Person nicht zur Wahl geht, ist nämlich umso wahrscheinlicher, je niedriger der Bildungsabschluss und das Einkommen sind. Bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsschichten beteiligen sich am häufigsten. Hier, und nicht bei den sozial Benachteiligten, denen die Verbesserung ihrer Lage ein besonderes Anliegen sein müsste, findet Interessenvertretung statt.

Bleiben in erster Linie die „Abgehängten“ der Wahlurne fern, so gilt dies erst recht für andere Beteiligungsformen, Bürgerinitiativen, runde Tische etc.

Es gibt viele Erklärungen, warum die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten kaum noch etwas von der Politik zur Verbesserung ihrer Lage erwarten und sich zurückziehen.

Das Ergebnis: ein Gefühl der Ohnmacht und eine Verdrossenheit gegenüber der „institutionellen Politik“. Es schwindet das Vertrauen in die repräsentative Demokratie.

Wie kann die Demokratie wieder gestärkt werden?

Zunächst: Eine größere Beteiligung von sozial benachteiligten Gruppen wird nicht von heute auf morgen gelingen. Es bedarf dafür langfristiger Anstrengungen. Einige Ansatzpunkte möchte ich nennen:

1. Die Politik muss wieder Verantwortung übernehmen und aktiv gegen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft vorgehen. Politische Instrumente stehen dafür viele zur Verfügung.
- Zu nennen wäre eine Steuerpolitik, die der Umverteilung von unten nach oben ein Ende setzt und dem Staat Einnahmen zur Finanzierung wichtiger Aufgaben wie sozialer Wohnungsbau

- oder Gesundheitsversorgung sichert.
- Zu nennen wäre eine Bildungspolitik, die jede Anstrengung unternimmt, für die Gleichverteilung und Gleichheit der Bildungschancen Sorge zu tragen.
- Zu nennen wäre eine Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge stoppt und dafür sorgt, dass nicht länger soziale Bereiche des Lebens dem Markt unterworfen werden.

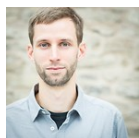
Kurzum: Das Primat der Politik muss zurückerobert werden.

2. Wir brauchen Orte der Begegnung unterschiedlicher sozialer Milieus, gerade für sozial Benachteiligte ist dabei das eigene Viertel, in dem man wohnt, von enormer Bedeutung. Nachbarschaftszentren, Dorfgemeinschaftshäuser, Vereine – diese können zu Orten der Demokratie werden. Orte, wo man das Gefühl hat, willkommen zu sein und Gehör zu finden.

3. Wir brauchen Brückenbauer wie die Arbeiterwohlfahrt. Brückenbauer führen keine abstrakten Debatten, sondern setzen bei den realen Problemen von sozial benachteiligten Gruppen an. Ein wunderbares Beispiel ist das vor zwei Wochen ins Leben gerufene Flüchtlings-Patenprojekt der Göttinger AWO. Dieses Projekt ist nicht nur ein konkreter Beitrag zur Integration von Flüchtlingen in unserer Stadt. Das Projekt ist auch ein starkes Signal gegen den Hass und die Hetze von rechts.

Der neu gewählte Bundespräsident Frank Walter Steinmeier hat in seiner Antrittsrede die Frage gestellt: Was ist der soziale Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält? Ich bin mir sicher, es sind Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt, die Menschen zusammenführt. Nur so bleiben wir stark, um uns gegen die Feinde der Demokratie zu wappnen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Ankündigung



Lesung mit Christian Röther
am Freitag, den 05.05.2017 um 17 Uhr
im Flüchtlingswohnheim am Nonnenstieg, Nonnenstieg 72

Mit seinem 2017 erschienenen Buch „Wenn die Wahrheit Kopf steht. Die Islamfeindlichkeit von AfD, Pegida & Co.“ leistet Christian Röther einen Beitrag zur Versachlichung einer emotionalen Debatte. Von dem „Islam“ sprechen AfD, Pegida und Co. und meinen damit den salafitischen Fundamentalismus. Dessen Propaganda verkaufen sie als Wirklichkeit muslimischen Lebens in Europa. Das stellt die Wahrheit auf den Kopf. Minutiös zeichnet Röther die Argumente der Islamfeinde und die Entwicklung ihrer Bewegung nach.

Der Autor

Der Göttinger **Christian Röther** ist freier Journalist und Religionswissenschaftler. Er studierte Religionswissenschaft, Ethnologie und Geschichte in Göttingen und Sakarya, Türkei. Er promovierte über die islamfeindliche Szene in Deutschland und führte dazu ausführliche Interviews mit antiislamischen Aktivisten/innen. Christian Röther erhielt 2016 den Niedersächsischen Medienpreis für seinen Radiobeitrag „Liebe hinter Gittern“.



Conny Hiller

Aus meiner Arbeit mit Geflüchteten

Der Mann und das Kind

Es ist Weihnachten. Ich komme frühmorgens zum Dienst in die Flüchtlingsunterkunft. Alle schlafen noch, sogar die Kinder. Was ich nicht weiß, als ich die Bürotür aufschließe: Der zweijährige Mejid ist schon unterwegs. Ich finde auf meinem Schreibtisch einen Zettel meiner Kollegin Astrid, die mich bittet, ich möge doch mal bei Samah vorbei schauen. Die Dreizehnjährige hatte sich am letzten Schultag vor den Ferien plötzlich geweigert aufzustehen. Sie ist krank, aber einen Arzt will sie nicht. Warum nicht? Samah schweigt. Wir vermuten, dass irgendetwas in der Schule vorgefallen sein muss. Als ich sie besuche, ist ihr Gesicht weiß wie die Wand, an die sie sich im Bett sitzend lehnt. Ich bekomme nichts auf ihr heraus. Sie schaut mich noch nicht einmal an.

„Unsere“ Kinder. Die Tüten voller Sorgen um sie wiegen schwerer als bei Kindern aus meinem Freundeskreis. Es sind die kleinen Dinge, die manchmal Wunder vollbringen, aber nichts geht ohne die ehrenamtlichen Helferinnen und Astrid, die Erzieherin, die verlässlich jeden Nachmittag den Kinderraum aufschließt, die Freude vermittelt und Grenzen setzt, die Regeln einführt und kuschelt, die beobachtet und gemeinsame Mahlzeiten mit Obst, Käse und Knäckebrot zelebriert. Richtig gelesen: Knäckebrot! Der absolute Renner. Die Eltern würden es nie essen, sie backen lieber dünne Fladenbrote.

Auch die kleine Rubi liebt Knäckebrot. Traumatisiert von ihrer Entführung im Irak durch die Familie ihres Vaters, von der Befreiung durch die Mutter mit Hilfe einer List, vom Untertau-

chen bei Verwandten in Hannover, immer in Angst, der gewalttätige Vater könne die beiden finden, hatte das Mädchen fast alle Haare verloren. Seit drei Monaten nun wohnt sie im Nonnenstiege und ihre Haare beginnen wieder zu wachsen.

Und dann ist da Abdullah, der nicht weiß, wohin mit seiner Energie, der die Dachrinnen hoch klettert und vom höchsten Dach auf die Dächer der Flure springt. Seitdem er sich im Sommer im Zeltlager austoben durfte, seitdem er dort durch die Wälder streifen und schnitzen und Lagerfeuer machen durfte, ist er viel ruhiger geworden. Begleitet von vielen Gesprächen kann er sich inzwischen besser auf seine Hausaufgaben konzentrieren. Und der kleine Mohammed, der, als er bei uns einzog, weder schlafen noch essen konnte, schläft inzwischen nachts durch und die Eltern sind glücklich. Vielleicht liegt das daran, dass er nachmittags auf dem Sofa im Kinderraum regelmäßig sein wohlverdientes Nickerchen hält. Es ist schon erstaunlich, wie stark die Selbstheilungskräfte sind, die diese kleinen Menschen in sich tragen. Es ist faszinierend zu erleben, wie Verlässlichkeit, Sicherheit und Geborgenheit in wenigen Wochen die Kinder stabilisieren.

Bei der schweigsamen Dreizehnjährigen, die keinen Arzt will, komme ich an diesem Weihnachtsmorgen zunächst nicht weiter. Als ihre Eltern das Zimmer verlassen, beginnt Samah zögerlich zu reden. Sie ist fest davon überzeugt, dass sie bald sterben wird. Himmel noch einmal, Samah, wie kommst du denn

bloß auf die Idee? Unter Tränen erzählt sie von dem Blut, das aus ihr herausläuft.

Nicht alle Probleme sind wie bei Samah mit einem einzigen Gespräch zu klären. Als ich auf dem Weg zurück ins Büro beschließe, nun soll es ein ruhiger Tag werden, um Unerledigtes zum Jahresende abzuschließen, kommt mir ein Mann, den ich noch nie gesehen habe, offensichtlich ein Ehrenamtlicher, mit dem zweijährigen Mejid an der Hand entgegen. Beide dick eingemummelt, denn es ist eisig kalt draußen. Von den Eltern weit und breit keine Spur.

Der Mann scheint genauso überrascht wie ich. Sogleich erklärt er, er sei der Babysitter der Familie und habe mit dem Kleinen einen Spaziergang gemacht. Bei mir läuten die Alarmglocken. Hat der am Weihnachtsmorgen nichts Besseres zu tun? Ich bemühe mich, freundlich zu sein, lasse mir den Ausweis zeigen, notiere die Daten und weise darauf hin, dass alle Ehrenamtlichen, die sich um Kindern kümmern, ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorweisen müssen.

Der Mann ist einsichtig und verspricht, sich sofort nach Weihnachten darum zu kümmern. Ich will niemanden verdächtigen, sich aus unlauteren Motiven das Vertrauen einer Familie zu erschleichen, informiere dennoch wenig später die Kollegen in allen Bonveno-Unterkünften per E-Mail und klopfe am Nachmittag bei Mejids Eltern, die mir strahlend erklären, der Mann sei sehr nett. Sie hätten mit allen Deutschen immer nur gute Erfahrungen gemacht. Ich erfahre, dass Mejids Vater den „Babysitter“ erst eine Woche zuvor bei einem Begegnungscafé von Flüchtlingen und Deutschen kennen gelernt hat. Also gerade ein einziges Mal gesehen. Ich bin fassungslos.

Da wir nicht kontrollieren können, wer in die Unterkunft kommt und auch den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht verbieten dürfen und auch nicht wollen, mit wem sie Kontakt haben, bleibt uns nur, Eltern und ältere Kinder aufzuklären, ohne Panik zu machen.

Nicht alles lässt sich mit Hilfe von Knäckebrot lösen.



**AWO Ortsverein
Göttingen, Hospital-
straße 10, 37073
Göttingen.**

V.i.S.d.P. Dr Ulrike
Witt, Vorsitzende des
AWO Ortsvereins
Göttingen (ul.witt@t-
online.de)